Vier Jahre bis zum europäischen Bürgerkrieg: Russland muss seine Freunde unterstützen

27 Feb. 2025 17:09 Uhr

Die Wahlergebnisse der AfD zeigen, dass Deutschland weiterhin geteilt ist. Während die politischen Eliten sich an die überkommenen Strukturen klammern, gärt im Osten eine deutsche Revolution. Ihre Ziele: nationale Identität und Unabhängigkeit – und andere europäische Länder könnten folgen.

© RIA Nowosti / durch KI generiert

Von Kirill Strelnikow

Der Erfolg der Alternative für Deutschland (AfD) bei den vorgezogenen Bundestagswahlen (immerhin erreichte sie im Gesamtergebnis Platz zwei und wurde in der ehemaligen DDR sogar zur stärksten Partei) ist das Vorzeichen eines künftigen Bürgerkriegs im Herzen Europas, der die Geschichte der Alten Welt für immer verändern – und vielleicht sogar beenden – wird.

Wie Baschar al-Assad in Syrien, der bis zur letzten Sekunde nicht geglaubt hat, dass um ihn herum ein echter Staatsstreich und nicht nur ein gewohntes Chaos abläuft, machten sich auch die deutschen Bürokrateneliten keine großen Sorgen – schließlich sind die Deutschen eingeschüchtert und gesetzestreu – und sie munterten einander mit Kampfparolen auf. So proklamierte der frisch gebackene Wahlsieger Friedrich Merz einst:

"Sie (AfD) streben etwas ganz anderes an als wir, deshalb wird es keine Koexistenz geben."

Altkanzlerin Angela Merkel ballte die Faust:

"Alle demokratischen Parteien müssen zusammenarbeiten, um die furchtbare AfD-Attacke zu verhindern."

Und Olaf Scholz schloss sich diesen Worten an:

"Wir werden das niemals dulden oder akzeptieren."

Die deutschen Politbonzen, die sich krampfhaft an ihre seit Jahrzehnten unangefochtenen Machtpositionen klammern, waren sich sicher, dass es ausreichen würde, die AfD zur Marionette Moskaus zu erklären, *RT DE* zu sperren und mit einem Parteiverbot zu drohen – und das bedrohliche Phänomen würde sich in Luft auflösen.

Es löste sich nicht in Luft auf, die AfD blieb und wurde stärker.

Betrachtet man die moderne politische Landkarte Deutschlands, so verläuft der "Marianengraben" genau entlang der historischen Trennlinie zwischen der BRD und der DDR. Niemand, der den Fall der Berliner Mauer miterlebt hat, konnte voraussehen, dass genau 35 Jahre später das "Gespenst der DDR" in Deutschland herumgehen würde. Tatsächlich ist es unmöglich, den erstaunlichen Wahlerfolg der AfD in dieser Region allein dem Wühlen des Feindes (es ist klar, welchen Feindes) zuzuschreiben: In fünf ostdeutschen Flächenländern erhielt die Oppositionspartei fast doppelt so viele Wählerstimmen wie ihre nächststärkste Konkurrentin – die CDU –, was im "gleichmacherischen" Wahlsystem Deutschlands fast unrealistisch ist.

Elon Musk, Multimilliardär, Trumps rechte Hand und Chef einer mächtigen US-Agentur, schloss sich der These an, dass in Europa eine Revolution ausbrechen könnte, und sagte, dass die AfD bei der nächsten Wahl die "Mehrheitspartei" sein werde. Während einige die AfD loben und andere sie beschimpfen, geht kaum jemand über die Diskussion über die "politische Kuriosität" hinaus und verweist darauf, dass wir Zeugen eines echten Aufstandes des "vergessenen Deutschlands" und des "vergessenen Europas" sind. Und dieser Aufstand könnte schließlich den des "vergessenen weißen Amerikas" in den Schatten stellen, auf dessen Welle Donald Trump in den Vereinigten Staaten an die Macht kam.

Zwar versuchen Historiker und Architekten des neuen vereinten Europas einen davon zu überzeugen, dass die Wiedervereinigung der BRD und der DDR unvermeidlich und organisch war und dass danach alle "glücklich lebten und am selben Tag starben". In Wahrheit gab es all die Jahre einen nicht verheilten Riss zwischen den beiden deutschen Staaten, der sich mit der Zeit nur vergrößerte.

Wie so oft in der westlichen Geschichte wurde den Ostdeutschen viel versprochen, aber nur wenig davon gehalten. Sie wurden getäuscht und sind in Vergessenheit geraten. Es gab keine Verbrüderung, kein Märchen mit Happy End. Vielmehr sind die Ostdeutschen 35 Jahre nach der "erfolgreichen Reintegration" in wirtschaftlicher und soziokultureller Hinsicht Bürger zweiter Klasse. Ihr durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen beträgt immer noch weniger als 73 Prozent desjenigen der Bewohner der Alt-BRD. Die ehemaligen DDR-Gebiete sind am stärksten von Deindustrialisierung betroffen, und selbst die Strompreise sind fast 20 Prozent höher als im westlichen Teil Deutschlands.

Es überrascht daher nicht, dass Meinungsumfragen zufolge etwa 40 Prozent der Ostdeutschen nicht Russland, sondern die NATO und die Europäische Union als größte Bedrohung ansehen, während 63 Prozent unter ihnen überzeugt sind, dass sie durch die Wiedervereinigung mehr verloren als gewonnen haben.

Die Bundesbehörden, die die östlichen Bundesländer bei jeder Gelegenheit durch Staatsfinanzierung unter Druck setzten und ihre Bewohner als "Extremisten" brandmarkten, erreichten das Gegenteil der Assimilierung: In Deutschland, das sich noch immer an Ernst Thälmann und die gescheiterte kommunistische Revolution erinnert, entstand erneut ein militanter Revolutionskern, der nun durch eine Plattform der nationalen Identität und Unabhängigkeit gestärkt wird und dem sich Kräfte aus Frankreich, Italien und anderen Ländern des "alten" Europas anschließen können.

Entgegen den Vorwürfen der deutschen und europäischen Eliten, die AfD "propagiere Frieden zu Russlands Bedingungen", lehne die Finanzierung einer "demokratischen" Ukraine ab und wolle Europa wieder in Putins Energieunterordnung zurückführen, fürchten die Euro-Atlantiker ihren Sieg aus einem ganz anderen Grund. Die "Zerstörung des gesamteuropäischen Konsenses" und die "Bedrohung der liberalen Demokratie" sind für sie nicht so wichtig – es sind lediglich Worthülsen, hinter denen sich existenzielle Angst vor dem Verlust des für sie Wichtigsten verbirgt: Verlust von Macht, Kontrolle und Geld.

Das derzeitige "vereinte Europa" platzt aus allen Nähten und ist in Wirklichkeit ein liberal-koloniales Imperium. Es kassiert Renditen auf Kosten der Mittelmeerländer und der osteuropäischen Staaten – in denen Arbeitskräfte um mindestens 30 Prozent billiger sind. Es hält sie durch die Kontrolle über die Staatsverschuldung in Schach. Gleichzeitig sind alle paneuropäischen Suprastrukturen nur ein legaler Deckmantel für ein Schattennetz von dynastischen Konzernen und Banken, die die Kontrolle über alle Finanzströme und die politische Macht in Europa erlangt haben.

Falls die AfD die nächsten Bundestagswahlen gewinnt und beginnt, eine national ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik umzusetzen (und deutsches Geld aus den Taschen supranationaler Familien zurück ins Land holt), wird dieses System zunächst in Deutschland und dann, Dominosteinen und Kartenhäusern gleich, in ganz Europa zusammenbrechen. Nach Ansicht einiger Experten richtet sich die von den derzeitigen europäischen Führern angestrebte Errichtung einer paneuropäischen Armee nicht gegen Russland, sondern gerade auf Unterdrückung einer kommenden deutschen Revolution, die unweigerlich zu einem großangelegten Bürgerkrieg führen würde.

Russland ist an der Demontage des kolonialen russophoben Gebildes interessiert, zu dem Europa inzwischen mutiert ist. Es ist bereit, erneut die Schaffung eines gemeinsamen Raums der Zusammenarbeit und Sicherheit von Wladiwostok bis Lissabon als alternative Zukunftsvision anzubieten. Schon einmal haben wir deutschen Antifaschisten und Revolutionären die Hand ausgestreckt. Wenn erforderlich, werden wir es wieder tun.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 25. Februar 2025 zuerst bei RIA Nowosti erschienen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.